

Pressemitteilung

Technische Fachhochschule Berlin

Monika Jansen

13.11.2001

<http://idw-online.de/de/news41367>

Studium und Lehre, Wissenschaftspolitik
fachunabhängig
überregional

Berliner Fachhochschulen fordern Landesregierung zur Rücknahme des Beschlusses auf

Entwicklung der Fachhochschulen erheblich eingeschränkt Präsident Prof. Dr. Gerhard Ackermann - Der Sprecher aller Berliner Fachhochschulen

Stellungnahme der Fachhochschulen Berlins zum Beschluss der Arbeitsgruppe VI "Verwaltungsorganisation, Aus- und Weiterbildung sowie öffentliches Dienstrecht" der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 25.10.2001: Der Beschluss der Innenministerkonferenz sieht vor, nur die Masterabschlüsse der Universitäten dem höheren Dienst zuzuordnen, die Bachelorabschlüsse aller Hochschulen sowie die Masterabschlüsse an Fachhochschulen dagegen nur dem gehobenen Dienst.

Die Fachhochschulen Berlins wenden sich daher mit aller Entschiedenheit gegen das Vorhaben der Innenministerkonferenz. Die nach internationalem Standard gegliederten, neuen Studienangebote an allen deutschen Hochschulen genügen den gleichen Qualitätskriterien. Sie werden von den gleichen Akkreditierungsagenturen nach den gleichen Vorgaben akkreditiert.

Die Fachhochschulen Berlins wenden sich daher mit aller Entschiedenheit gegen den Beschluss, die Universitätsabschlüsse zu bevorzugen.

Der Beschluss, den die Arbeitsgruppe VI "Verwaltungsorganisation, Aus- und Weiterbildung sowie öffentliches Dienstrecht" der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 25. Oktober 2001 gefasst hat, begründet ein Kartell gegen die Fachhochschulen. Er stellt den untauglichen Versuch dar, Wettbewerb im Hochschulbereich auszuschalten.

Die Fachhochschulen Berlins stellen fest, dass die Innenministerkonferenz der Länder die Kompetenz der Akkreditierungsagenturen in Frage stellt und selbst nicht in der Lage ist, die Wertigkeit von Masterabschlüssen beurteilen zu können.

Die Fachhochschulen sind nicht gewillt, diesen Beschluss, der vorangegangene Beschlüsse der KMK und des WR konterkariert, hinzunehmen. Sie fordern die Landesregierung Berlins auf, eine Rücknahme des Beschlusses zu erwirken. Die Auswirkungen des Beschlusses sind umso verheerender als die postgradualen Masterstudiengänge an Fachhochschulen, deren erfolgreicher Abschluss uneingeschränkt zur Promotion berechtigt, national und international bedeutungslos werden. Damit würde die Entwicklung der Fachhochschulen durch einen einseitigen, durch nichts gerechtfertigten Eingriff in den freien Wettbewerb auf dem Bildungsmarkt entscheidend behindert und die Entwicklung internationaler Studienabschlüsse an Fachhochschulen für die Zukunft unmöglich gemacht.

Die Entscheidung der Innenministerkonferenz diskriminiert zudem alle Masterabsolventinnen und -absolventen an Fachhochschulen. Gegen eine solche Entwicklung werden sich die Fachhochschulen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.